

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Postgebühren, bei Selbstabholung 90 Pfennig, Ercheinung wöchentlich ledigmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Vätern und Agenturen entgegen genommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Waber, B. m. b. H. Verlagsort: für Postamt u. Briefkästen: Verlag: Halberstadt, für den lokalen Teil: Wilhelm Kindermann, für Postamt u. Infanterie-Kasern: Verlag: Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtzeilige Kolonietzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Wochensätze 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Nachgebend ist bei der Zahlung vorliegende Tage für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen eine Gewinne nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 10 Wernigerode 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 52

Dienstag, den 3. März 1931

6. Jahrgang

Massen-Protest.

Große Kundgebung gegen Gewalt und Justizmord.

Die Berliner Sozialdemokratie veranstaltete am Montagabend in dem größten Saale Berlins, dem Sport-Palast, eine massenhafte

Kundgebung gegen Gewalt und Justizmord.

Der große Saal des Sportpalastes, der 35 000 Personen faßt, mußte wegen Überfüllung schon lange vor Beginn der Kundgebung polizeilich geschlossen werden. Als Redner waren der italienische Emigrant Pietro Nenni, der Verfasser des Buches „Lobeskampf der Freiheit“, Abramowitz-Rußland und der Vorsitzende der Sozialdemokratie, Otto Wels, aufgetreten.

Pietro Nenni

schilderte die Entstehung des Faschismus in Italien, indem er u. a. ausführte: „Die Bourgeoisie nahm die Methoden des Schreyers Mussolini zunächst nicht ernst, genau so wenig wie die deutschen Kesselfreier an der Ruhr die antiparlamentarischen Deklarationen Hitlers für bare Münze nahmen. Das kapitalistische Bürgertum mußte, daß Mussolini der Träger ihres Klassenbewußtseins sein würde. Liberale als die Liberalen, republikanischer als die Republikaner, sozialistischer als die Sozialisten, und nur die „algebraischen“ Nachfolger von Karl Marx“ beschimpft, das war Mussolini vor der Wählergewinnung. So sammelte er Bürgerarmeen und junge Bauern. Defäillierte und Abenteurer, Landstrolüche des 20. Jahrhunderts, die unter der Fahne des Nationalismus

Weggefährten des Kapitalismus

wurden. Als dann der König sich für den Umsturz entschied und Mussolini im Staatsmann von Italien nach Rom fuhr, hatte die Gewalt gefiegt. Heute hatten 800 000 Mann faschistischer Mitz an Grabe der italienischen Freiheit Macht. Die Gegner des Faschismus sind vogelwei und der faschistischen Tischa preisegeben, Korruption und Entwürdigung, Schieberherrschaft und bittere Not der Arbeiterschaft herrschen.“

Abramowitz-Rußland

schilderte die Zustände im Reich des Bolschewismus und stellte nach dem Zeugnis eines bolschewischenfreundlichen Journalisten der „New York Times“ fest, daß sich von den ehemals eingekerkerten 2 Millionen Menschen heute noch 1 Million in den Konzentrationslagern befinden. Der alte Zarismus ist nicht so schlimm gewesen als der kommunistische Zarismus. Die kommunistische Inquisition wolle die russische Sozialdemokratie moralisch und physisch vernichten, aber es gebe ein höheres Gericht als das oberste Gericht der Sowjetrepublik, das argelt wieder in Moskau gegen „14 der wertlose Sozialdemokraten“ verhandelt. Das sei das Gericht der internationalen Arbeiterschaft. Hier gewinne die russische Sozialdemokratie den Prozeß, wenn auch die 14 armen und erpreßten Menschen in Moskau verurteilt würden.

Otto Wels

führte aus: „Faschismus und Bolschewismus werden die Arbeiterschaft zurück. Unser Kampf gegen den Faschismus, der nach dem 14. September in ganz Deutschland geführt wird, zeugt von unserm Wohlwollen. Wir wissen, was wir der deutschen Demokratie schuldig sind. (Stürmischer Beifall.) Wir wissen, daß wir durch ihre Erhaltung der Arbeiterschaft dienen. (Neue stürmische Zurück-

(stimmung.) Sorgen wir, daß der Auszug der Nationalsozialisten aus dem Parlament für sie ein ungeliebter Adventin wird. (Aventin nennt man in Italien die Oppositionellen gegen Mussolini (Red.)) Die Nazis sagen, sie müßten ins nächste Parlament mit 200 Mann einziehen. Vor dem 14. September erklärten sie, wenn wir 60 Mann haben, was werden wir dann alles gewinnen. Der einfache Wähler aber wird ihnen zurufen: 107 habt ihr gehabt und seid aus dem Parlament hinausgezogen. Braunschweig ist ein Beispiel. Wenn nach einem raschen Aufstieg ein Stillstand kommt, dann geht es bergab.

Faschismus und Bolschewismus sind verbündet.

Am 25. Februar gab es, als Mostauständige der Parole zu einem Weltkampftag gegen die Arbeitslosigkeit folgten, in Leipzig tote und verwundete Arbeiter. Am 26. Februar führten Deutschlands Industrieepizentren nach Moskau. Gleichzeitig begann der Prozeß gegen die Genossen von der russischen Sozialdemokratie. Zu dem neuesten Schwindelprozeß, der darauf hinausläuft, die russische Sozialdemokratie und mit ihr zugleich die sozialistische Internationalen, in ihr vor allem aber die deutsche Sozialdemokratie zu infamieren, hat der deutsche Parteivorstand in Berlin in der gestrigen Presse eine Erklärung erlassen. Ich bemerke: Bisher ist es dem sozialdemokratischen Parteivorstand und dem Kompartei nicht möglich gewesen, die Genehmigung der Komparteiregierung zu erlangen, Korrespondenten nach Sowjetrußland zu entsenden. Zurzeit werden die Vertreter der deutschen Schwerindustrie die Herren von Borffig und Boensgen,

mit größten Ehren in Rußland empfangen.

Die Leute, denen die deutschen Kommunisten den schwersten Kampf androhen, sind Gölle der russischen Gemalther. Wir verdienen auf solchen Empfang und das fällt uns nicht schwer. Aber ich erlaube mir aus aller Welt im Namen aller Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes, um dem Lügengebäude der verlogenen Staatsanwälte, die gegen die russische Sozialdemokratie gegenwärtig am Werke sind, ist kein wahres Wort. Wir sind bereit, wie es im internationalen Rechtsverfahren durchaus möglich ist, uns vor jedem deutschen und dem ganzen Vorkomplex unter Eid in vollem Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit zu äußern. Die Männer, die der sozialdemokratischen Parteivorstand bilden, bieten der Weltöffentlichkeit hierüber eine stärkere Garantie für die Wahrheit ihrer Erklärungen als die

durch Kauf oder Terror gepriesenen Zeugen der russischen Justiz.

Wir werden weiterhin das auswärtige Amt ersuchen, durch die deutsche Vertretung in Moskau der russischen Regierung von dieser unserer Erklärung Kenntnis zu geben. (Stürmische Zustimmung.) In dem Prozeß, der gegenwärtig geführt wird, werden die faschistischen Diktatoren Hit, Hüg und Weichsmagen der Wahrheit unbedingtem darum, das vorverbrecherische Verbrechen jedermann klar ist. Bieleicht laden sie die Herren Borffig, Koetgen und Boensgen in eine Ehrenloge als Zuschauer ein. Die Herren werden ihre Freude daran haben, wie sie die den Nationalsozialisten ihre Unterstützung leisten, die Bolschewisten gegen Sozialdemokraten vorgehen sehen. Aber ihre Kläne werden scheitern an der internationalen Sozialdemokratie, die für Freiheit und Recht kämpft. (Stürmischer Beifall.)

Die Braunschweiger Wahlen.

Von O. Grotemohl, MdB.

Das Ergebnis der braunschweigischen Gemeindevahlen fand im Mittelpunkt des politischen Interesses von ganz Deutschland. Mancher Republikaner, mancher Parteifreund mag enttäuscht die Zeiten geleitet haben, die der Wähler ausstiegen sind. Um es vorweg zu sagen, wir Braunschweiger Sozialdemokraten sind zufrieden. In einem Wahlkampf von unerhörter Schärfe, der an Intensität und Ausdehnung hinter keiner politischen Wahl großen Ausmaßes zurückbleibt, hielt die Sozialdemokratie im Trommelfeuer heftiger Angriffe ihren Bestand.

Das Ziel des Bürgertums und der Nazis war die Vernichtung des Marxismus. Es ist nicht erreicht. Zwar ist ein Teil unserer Wähler nach links abgewandert weil er glaubte, im moskowitzigen Himmel Rettung vor wirtschaftlichem Elend und vor drückender Not zu finden, aber diese Wähler dürfen uns kaum verloren geben. Wenn die Rebel politischer Demagogie fallen und der Sumpfboden wirtschaftlicher Verelendung sich wieder in festen Boden vermanbelt, werden sich diese Wähler zu uns zurückfinden. Wir leben sie nur darum mit Behmut von uns scheiden, weil ihre kommunistische Stimmenabgabe an vielen Stellen eine vernünftige politische Willensbildung verhindern wird.

Am 14. September 1930 betrug die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen 163 972. Sie ist am 1. März 1931 auf 113 114 zurückgegangen. Das ist ein Rückgang um 13 558. Von diesem Stimmenrückgang sind rund 1 000 Stimmen durch die kommunistische Partei aufgelesen, jedoch ein tatsächlicher Verlust von etwa 8 800 Stimmen verbleibt. Ohne auf den zehnprozentigen geringere Wahlbeteiligung zu verweisen, ist dieser Verlust zu erklären durch die Tatsache, daß in vielen Orten durch Wegfall der Wahlen, weil man sich über die Zusammenlegung des Gemeinderats vor der Wahl über die Stimmenerwartung einig war, der besonders für die Sozialdemokratie noch dadurch vermehrt wurde, daß in vielen Orten keine sozialdemokratischen Kandidatenlisten aufgestellt waren. Das ist besonders an solchen Orten der Fall gewesen, wo durch politischen oder wirtschaftlichen Terror die Entfaltung der Partei durch eigene Kandidatenlisten unmöglich war. An vielen Stellen sind aus diesen oder ähnlichen Gründen „neutrale Arbeiterlisten“ aufgestellt, die bei der Berechnung der Stimmengahlen naturgemäß außer Anschlag bleiben mußten. Da unter diesen Verhältnissen die Rechtsparteien und die Nazis zu weit garricht zu leben hatten, ergeben sich Einwirkungen auf die Zahlen und Geschwertschritte, unter denen allgemeine politische Wahlen nicht annähernd zu leben haben. Es dürfte darum auch kaum argwählig sein, das Ergebnis von Gemeindevahlen schematisch auf die Beurteilung des tatsächlichen politischen Kräfteverhältnisses zu übertragen. Die Braunschweiger Gemeindevahlen dürfen gleichsam nur als ein Stimmensbarometer gemeiert werden.

Wenn man das vorliegende Zahlenmaterial so meriet, dann ergibt sich besonders die beachtliche Tatsache, daß die Nationalsozialisten ihren ursprünglichen Aufschwung und ihren unantastbaren Bestand, den man noch in den letzten Wahlen, wie in Bielefeld und Bremen beobachtet konnte, in Braunschweig eingebüßt haben. Darüber hinaus zeigen sogar die Wahlergebnisse aus vielen agrarischen Orten Stimmengewinne bis zu 50 Prozent. Obwohl also die Nazis noch in ihrer besten politischen Konjunktur leben, zeigt ihre Bewegung bereits eine Platterhaftigkeit, die mit Recht ihren ganzen politischen Erfolg seit dem 14. September 1930 als einen politischen Inflationsgewinn erscheinen läßt. Darüber kann auch der nationalsozialistische Gesamtstimmengewinn von 1681 Stimmen nicht hinwegtäuschen.

Besonders erlaucht dürfte sich aber bei den Wahlen in der Stadt Braunschweig gezeigt haben, daß die ganze Stürze nicht ein Problem der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterschaft ist, sondern einzig und allein des deutschen Bürgertums. Der marxistische Wahlstiefel steht unerfüllter da. Selbst wenn man von den weit günstigeren Zahlen des Jahres 1928 ausgeht, zählen wir 1928:

44 808 Stimmen für die SPD.
und 4 324 Stimmen für die KPD.
zusammen also 49 127 marxistische Stimmen.
Die Reichstagswahl vom 14. September 1930 brachte unter weit ungünstigeren Voraussetzungen eine Stimmengahl von
41 621 für die SPD.
und 8 828 für die KPD.
zusammen also 50 449 marxistisch Stimmen.

Am 1. März zählte die Sozialdemokratie bei den Gemeindevahlen in der Stadt Braunschweig

37 672 sozialdemokratische Stimmen
und 12 256 kommunistische Stimmen.
zusammen also 49 928 marxistische Stimmen.

Diese Enttäuschung zeigt, daß ein Einbruch des Nationalsozialismus in das Lager des Marxismus in keiner Weise stattgefunden hat.

Verberend hat der Wahlsieg allerdings in den Reihen der bürgerlichen Parteien zugunsten der Nazis gewirkt. Mittelfeld, Deutschnationale und Volkspartei sind von 26 579 Stimmen auf 18 595 Stimmen gekunken und haben damit einen Verlust von 7984 Stimmen zu verzeichnen.

Das beachtliche dabei ist jedoch, daß diesen nahezu 8000 Stimmen nur ein ganz geringer Teil von den Nazis aufgelesen

60 Jahre deutscher Reichstag



von Simson.



Das alte Reichstagsgebäude.



Paul Löbe.

Heute vor 60 Jahren, am 3. März 1871 fanden die Wahlen zum ersten deutschen Reichstag statt. Vorher hatte schon der Norddeutsche Reichstag bestanden, der die süddeutschen Länder nicht einschloß. Am 21. März trat der Reichstag dann zu seiner ersten Sitzung zusammen. Während im norddeutschen Reichstags (sogar drei Sozialdemokraten saßen, nur unter dem Einfluß des Siegerstaats von 1871 nur ein Sozialdemokrat (August Bebel) gewählt werden. Ausgewählt waren damals für die Sozialdemokratie im ganzen deutschen Reich 101 972 Stimmen abgegeben worden und zwar 60 466 für die Sozialdemokraten und 41 461 für die Einzelnen. Der einzige Wahlkreis, der damals sozialdemokratisch wählte, war der schlesische Wahlkreis Olschau-Werane. Als nach dem bekannten Doppelparagraphen gegen Bebel, Liebknecht und Springer im Juli 1872 Bebel's Mandat erlosch, wurde am 20. Januar 1873,

während sich Bebel im Gefängnis befand, wieder mit einer gewaltig vermehrten Stimmenzahl wiedergewählt. Bis zum Jahre 1894 befand sich der Reichstag in dem alten Gebäude an der Leipziger Straße. Dann siedelte er in den berühmten Kollatbau am Platz der Republik über. Der erste Präsident des Reichstages war Eduard von Simson, der schon das Frankfurter Parlament 1848 präsidentiert hatte, später Präsident der preussischen Abgeordnetenkammer und des norddeutschen Reichstages war. Von 1879 bis 1891 war Dr. von Simson auch Reichstagspräsident. Zwischen Dr. von Simson und dem jetzigen Reichstagspräsidenten, Gen. Paul Löbe, liegen noch, um nur die wichtigsten Namen der Präsidenten zu nennen, die Präsidenten Fortenbeck, von Zehnow, Wühl von Beerenberg, Walldem, Graf Stolberg-Wernigerode. Reichstagspräsidentemann war (1912) der erste sozial. Abgeordnete.

Kulturfragen im Reichstag.

Berlin, 2. März. (Eig. Draht.)

Am Montag stand im Reichstag die Kulturpolitik zur Beratung: Haushalt des Reichsinstitutens des Amern. Die Aussprache ging in laudischen und sehr stilisierten Formen vor sich.

Abg. Schreiber (Zentrum)

wandte sich im wesentlichen gegen die Politik der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten. Er verlangte eine nationalsozialistische Instruktion noch eine hochschulmäßige Resolution für Deutschland dienen. Wie tief die antikeithologische Hege zehntreier Deutschnationalen gewirkt hat, bemerkt Schreiber's bittige Bemerkungen gegen den Deutschnationalen Abg. und Hochprecher Döbergh. Schreiber sagte, hinter diesem Antikriticismus der Deutschnationalen verberge sich im Grunde Bolschewismus. Die nationale Opposition solle nicht vergehen, daß sie selbst im Reichstage Testamente mit den Kommunisten geschrieben habe. Das Zentrum lie nicht in einem Bunde mit dem Marxismus, es sei aber nicht gleichgültig, ob die Millionen Arbeiter hinter der Sozialdemokratie verantwortlich am Staatsmitwirken oder nicht. Zur Kulturpolitik selbst sprach Schreiber, das Zentrum zur Selbstkritik sei heute eine überflüssige Sache. Sie sei nicht befristet. Womöglich sei jetzt dem Mittelstand und der Freiheit zu steuern. Das habe mit Rudertum nichts zu tun.

Abg. Schreck (Soz.)

wurde bei seinem Erscheinen von den Kommunisten angefeindet. Sie riefen ihm zu: „Dem fehlt nur noch der Heiligenschein!“ Schreck fertigte die gedankenvollen kommunistischen Schreier reich ab und wußte nach wenigen Sätzen das Haus für seine Darlegungen zu verlassen. Er ging davon aus, daß die Sozialdemokratie

Politik treibe nach dem Gesetz der gegebenen Größen

unter Berücksichtigung aller Maßverhältnisse. Nur so könne man sich vom politischen Verfall frei halten u. allmählich dafür sorgen, daß das Volk nicht Böden und Halbblöden zu Volksverratern mache. Die Kommunisten kämen ja nur so, als ob sie von Politik und Wirklichkeit etwas verstünden. Die sozialdemokratische Führung, insbesondere in Preußen, habe ein Reaktionszentrum im Innern Deutschlands geschaffen und Deutschlands Ansehen im Ausland gehoben.

Schreck ging mit Recht bis auf Eckelsteine zurück, um zu zeigen, daß die jetzige Staats- und Kulturpolitik der Sozialdemokratie tief in unserer Geschichte verurteilt ist. Er wandte sich dann gegen die Unabänderlichkeit im Rundfunk.

Barum solle der Rundfunkträger nicht die Meinung des Andersdenkenden ertragen? Den Gegnern des Kulturfortschritts mache Schreck zu bedenken, daß dieser nicht aus der Zerfahrenheit in der bürgerlichen Welt erwachse. In diesem Zusammenhang rief Schreck

die Kirche wegen ihrer Inolenzanz zur Ordnung.

Es sei schlimm, wenn man Andersdenkenden wegen der politischen Ueberzeugung die Sakramente verweigere. Hier machten die Kommunisten eine Menge von rohen und dummen Zuschreien. Sie schlugen aber sofort, als Schreck ihnen zurief: „Ach, wenn die SPD. in den Dörfern spricht, sagt sie nichts von ihrer Religionsfeindschaft!“ Der Höhepunkt der Rede Schrecks war seine scharfe Kritik an dem Verbot des Filmes

„Im Westen nichts Neues!“

Er könne den Verbot nicht loswerden, daß die Filmprüfstelle auf besondere Weise zusammengelegt worden sei. Auch sei verdrängt, daß man diesmal die Presse nicht zugelassen habe. Das Verbot des seltsamen „Im Westen nichts Neues“ sei eine

Verbeugung vor der Rohheit,

von dem Terror und vor den Kriegshelden. Nichts habe uns im Ausland so gefehlt, wie dieses Verbot. Einen Unteroffizier Himmelfloh habe es in allen Herzen gegeben. Von der Film im Ausland gelaufen sei, habe er nicht gegen, sondern für Deutschland und dessen Heer Stimmung gemacht. Wer wolle sich über die jungen Rekruten entziehen, wenn diese im ersten Feuer die Nerven verloren hätten. Eschler hinter der Front gebe es doch manchen, der nicht immer seine Nerven in der Gemalt habe.

Eschler begründete dann die

sozialdemokratischen Anträge,

die übrigens die einzigen im Reichstag gestellten positiven Anträge sind und die einzige Möglichkeit weisen, den Remarque-Film und ähnliche Kulturfilme für die Aufführung zu reizen. Hoffen wir, daß die Rede Schrecks nicht nur auf die Minister, sondern auch auf die bürgerlichen Parteien Einbruch gemacht hat. Einmütig scheint es, daß für die sozialdemokratischen Anträge nicht nur die Kommunisten, sondern auch vereinzelt bürgerliche Gruppen stimmen werden. Lebensfalls zeigt die Sozialdemokratie, daß sie nicht auf platoniische wirkungslose Demonstrationen sich beschränkt wie die Kommunisten, sondern daß sie in der Tat dem Verbot des Remarque-Films wirksam entgegenzutreten entschlossen ist.

Abg. v. Kardorff (Deutsche Volkspartei)

nahm sich die ausgereizten Deutschnationalen und Nationalsozialisten vor. Er wies an einer Rede des allerdings tranfantierten nationalsozialistischen Abgeordneten Brandt II nach, was sich die Nazis in einer einzigen Rede an Angelegen, an Verleumdungen und Verleumdungen geleistet hätten. Präsident Eddé habe diesen Brandt II nicht zur Ordnung gerufen, weil Eddé ein furchtbarer Mann sei und mit politischen Sünden beschuldigt sei. Brandt freier sei das Präsidium in früheren Sitzungen gewesen! Demnach sei während der ersten Reichssitzung im Jahre 1902 B & S I schon zur Ordnung gerufen worden, weil er gesagt habe, eine Bemerkung des Staatssekretärs Hofmann sei unpassend oder weil er dem Abgeordneten Hehl wahrheitsgemäß vorgeworfen habe, dieser habe eine Sitzung geschmäht. Kardorff sagte, es sei kaum zu ertragen gewesen, die Nationalsozialisten in einer gewissen Nähe um sich zu haben. Der große Volkspartei Abgeordnete Rahl habe es nicht mehr ausgehalten, er habe die nationalsozialistischen Anträge in der Debatte zu haben. Es müßte verlangt werden, daß in Zukunft der Reichstag in früheren Sitzungen gegen den Nationalsozialismus unterführt ihn durch einen Anfall von religionsfeindlichen Zwischenfällen, die zweifellos für Herrn Wumm und die Kirche ein wertvolles Agitationsmittel werden.

Der Wirtschaftsparteier Beyerhöld zeigte in seiner Rede dazu, die sozialdemokratischen Filmtränke anzunehmen. Dagegen wandte sich der Christlichsoziale Wumm sehr stark gegen die sozialdemokratische Filmpolitik und forderte das Verbot des Remarque-Films als eine nationale Tat. Der größte Teil seiner Rede bestand in Angriffen auf kommunistische Kulturpolitik. Die Kommunisten unterführten ihn durch einen Anfall von religionsfeindlichen Zwischenfällen, die zweifellos für Herrn Wumm und die Kirche ein wertvolles Agitationsmittel werden.

Trevelyan zurückgetreten.

Der englische Unterrichtsminister tritt zurück, weil er das Schulgesetz nicht durchdrücken konnte.

London, 2. März. (Eig. Draht.) Der Unterrichtsminister des Reiches, Charles Trevelyan ist am Montag zurückgetreten.

Trevelyan trat im Jahre 1899 in das Unterhaus ein und war bereits 1914 Unterrichtsminister für das Erziehungswesen im liberalen Kabinett von Lord Grey. Aus Protest gegen Englands Eintritt in den Krieg legte damals Trevelyan sein Amt nieder und schied aus der Regierung aus. 1918 schloß sich der außerordentlich befähigte Politiker und Erzähler der Arbeiterpartei an. Er wurde Unterrichtsminister im ersten Labour-Kabinett und übernahm diesen Posten wiederum in der zweiten Arbeiterregierung.

Das Wirken Trevelyan's ist nach außen durch das neue Schulgesetz und die darin vorgesehene Erhöhung des schulpflichtigen Alters und der Altersgrenze für den Beruf nachweisbar. Das Gesetz müßte jedoch das Schicksal erleben, das dem gesamten Ministerkabinett der Arbeiterregierung beschieden ist. Die Obersten, ohne die die Regierung nicht leben kann, sabotieren jeden weiteren Fortschritt. Auch er fällt als ein Opfer der Gegner der Arbeiterregierung und der ihr als Ministerregierung aufgesetzten Gage: Ein schwerer Verlust für die Arbeiterregierung.

Mit der Mosleggruppe hat Trevelyan nichts gemein!

Der Nachfolger.

London, 3. März. (Telium.) Generalsekretär Lees Smith ist zum Unterrichtsminister und der Rangier des Bergbauamts Lancaster, Major Atlee, zum Generalsekretär ernannt worden.

Curtius in Wien.

Reichsaussenminister Dr. Curtius ist am Montagabend in Begleitung des Staatssekretärs in der Reichsanstalt, Dr. Pönder, zu einem Besuch der österreichischen Regierung nach Wien abgereist. In der Begleitung Curtius befinden sich außerdem zahlreiche Sachreferenten des Auswärtigen Amtes, ein Zeichen, daß man in Berlin von dem Wiener Besuch mehr als nur Verbindungen herzlicher Freundschaft erwartet.

Aus aller Welt

Autokatastrophe. In Vachen fuhr am Montag mittags ein von einem 23jährigen Mädchen geführter Personenzug in eine Gruppe Schulfrauen. Vier Kinder wurden zum Teil schwer verletzt. Liebesdrama. In einem Weinstock in Vienaig erlösch der 60jährige Wimmer Thomas die 23jährige Barbara Erta Michler aus Breslau und sich selbst. Erta Michler hatte die Wölsch, sich Mitte März mit einem Steinwürfer aus Breslau zu verheiraten. Thomas verfolgte sie indes stets mit seinen Liebesanträgen — allerdings ohne Erfolg, so daß der Wimmer beschloß, das Mädchen, das in der Eigenen Gattin, „Schleierfärb“ tätig war, zu erlöschen. Thomas beruhte zur Tat ein Injanterienmesser und zu Dum-Dum-Geschossen ungebrauchte Infanteriemunition. Nachdem er durch den Spieß des Vorhangs in der Eingangstür war, richtete er durch den Spieß liegende Erta Michler mit Tobeserfolg geschossen hatte, richtete er die Waffe gegen sich selbst: das Dum-Dum-Geschloß zerstörte ihm den Kopf.

wurde. Das Bürgerium läuft seinen eigenen Parteien davon. Es freut dagegen den Marxisten, die sich gegen den Parlamentarismus nicht mehr. Sie wählten nicht mehr Nazi. Die Nazis haben eine Stimmenzahl in der Stadt Braunschweig nur um 1788 Stimmen gegenüber den 14. September steigern können. Das hat seine besonderen Gründe, die nur aus dem braunschweiglichen Verhältnisse zu verstehen sind. Die Nazis haben vor einigen Monaten ihren politischen eigenen niederländischen Geist aufgegeben und in ihrem Strohhaube die Parole: „Wählt Nazi!“ ausgegeben. Das gleiche haben einige Tage vor der Wahl die Reichsvereinsorganisationen, die bis dahin Volksrechtspartei hießen, getan. Diese beiden Gruppen stellten den Nazi immerhin ein neues Wahleresultat von rund 3000 Stimmen müheles zur Verfügung. So entpuppt sich schließlich der kaum nennenswerte nationalsozialistische Stimmengewinn als eine politische Leichenfeier. Wohlwollend wird es in einigen anderen Städten liegen, soweit Anhänger der beiden ebrenvoll vertriebenen Gruppen vorhanden sind.

Die Sozialdemokratie hat in diesem hatnäckigen, verurteilenden Kampf, allen bürgerlichen Parteien einschließlich der Nazis, unerfüllbarsten Stand gehalten. Ob und inwiefern die eingetretene Verflechtung der eigenen Nazi noch links politisch genutzt werden kann, muß die Zukunft zeigen. Es steht allerdings zu befürchten, daß die abgelenkten kommunistischen Wähler hoch erkennen müssen, daß sie ihre Stimmen zweck- und wirkungslos abgegeben haben, den die Nazis werden aller Voraussicht nach die Stützpunktgeber der Nazis werden.

Besprechungen mit Brüning.

Die Besprechungen zwischen der Reichsregierung und der Sozialdemokratie sind am Montag fortgesetzt worden. Sie betrafen in der Hauptsache den Reichsbedarf und sozialpolitische Fragen. Von sozialdemokratischer Seite wurde nochmals auf die Schwierigkeiten hingewiesen, denen die Zustimmung zum Reichsbedarf und im besonderen zu der ersten Rate für das Bankerlösbill B in der Braktion begegnet. Der Ministensankausch, der sich über mehrere Stunden erstreckte, führte einstweilen noch zu keinem positiven Ergebnis. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

Die Braktion wird am Dienstagabend zu den schwebenden Problemen Stellung nehmen. Im Haushaltsausschuß wird die Beratung des Reichsbedarfs voraussichtlich am Donnerstag beginnen.

Kardorffs Verfassungsantrag.

Die Deutsche Volkspartei

hat im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung eingebracht, dem unter den obwaltenden Umständen nur agitatorische Bedeutung beizumessen ist. Verfassungsändernde Gesetze bedürfen zu ihrer Annahme einer Zweidrittel-Mehrheit, die jedoch für den Gesetzentwurf der Volkspartei in dem Reichstag des 14. September selbst dann nicht zu haben sein wird, wenn die Nationalsozialisten und Deutschnationalen in das Parlament zurückkehren und für die Volkspartei votieren würden. Immerhin geben wir den Gesetzentwurf der Volkspartei wieder, weil er zeigt, welche immensalen Sorgen die Volkspartei z. B. hat.

Der Gesetzentwurf fordert eine Herabsetzung des Wahlalters von 20 auf 25 Jahre. Ferner soll Artikel 24 der Reichsverfassung folgende Fassung erhalten: „Der Reichstag wird vom Reichspräsidenten berufen und geschlossen. Die Berufung muß alljährlich und zwar spätestens am den ersten Mittwoch des November nach dem Stih der Reichsregierung erfolgen.“ Schließlich soll folgender Artikel 51a eingefügt werden: „Der Reichspräsident ist zugleich Oberhaupt des Landes Preußen. Ihm liegen in preussischen Angelegenheiten die Rechte zu, die sich durch ähnliche Anordnungen der Vorherrscher der Artikel 24, 25, 44, 46, 48, 53, 55, 70, 72 bis 74 auf das Land Preußen ergeben.“ Das Vötere regelt ein preussisches Landesgesetz. Kommt ein solches Landesgesetz nicht innerhalb dreier Monate nach dem Inkrafttreten dieses Artikels zustande, so erfolgt die Regelung durch Reichsgesetz.“

Das Flotten-Abkommen.

Ein großer Erfolg der englischen Arbeiter-Regierung.

Paris, 2. März. (Eig. Draht.) Die englischen Unterhändler haben den seit Jahren andauernden Flottenvertrag zwischen Frankreich und Italien durch ein Verständigenabkommen beendet. Es fand am Montag nach London zurückgeführt.

Vertraulich ist der genaue Inhalt des Abkommens noch nicht bekannt. Es läßt sich jedoch schon aus der Schweltheit, mit der die endgültige Einigung erzielt werden konnte, schließen, daß man an den ursprünglichen Forderungen keine einschneidenden Veränderungen vorgenommen hat. Frankreich wird sich also mit einer Flotte von 630—640 000 Tonnen, Italien mit einer Flotte von 480—500 000 Tonnen begnügen. Beide Länder haben sich gegenüber ihren noch auf der Londoner Konferenz vertretenen Forderungen beträchtliche Abträge gefallen lassen und haben das Beträtsen wenigstens bis 1936 eingestellt. Der englischen Arbeiterregierung, die schon vor Jahresfrist für die unmöglich gehaltene Einigung mit Amerika erzielt konnte, ist es jetzt also auch gelungen, die beiden „Lateinischen Schwestern“ zur Verständigung zu bewegen.

Wenn auch einige überparteiliche Blätter in Paris gegen das Abkommen Sturm laufen, weil Irland darin angeblich wieder einmal „das nationale Interesse“ verraten haben soll, so zeigt sich doch die Weisheit der Blätter aus höchste Befriedigung. Hauptächlich die politischen Richtungen der Verständigung, die Entfennung mit Italien und die neue Annäherung an England scheinen die Ursachen dieser Befriedigung zu sein. Im bürgerlichen Lager hofft man nämlich, daß England auf der Abrüstungskonferenz des Vöterbundes bedingungslos die übrigen Abrüstungsorderungen Frankreichs unterliegen wird, obwohl dieser Behauptung von englischer Seite auf das Entschiedenste widersprochen wird.

Die Berliner Verfassung.

Im Verfassungsausschuß des Preussischen Landtages wurde am Montag das neue Berliner Gesetz nach dem unter den Mehrheitsparteien zustande gekommenen Kompromiß in dritter Lesung verabschiedet. Die Regierung hat dem Kompromiß ebenfalls als vorläufige Vorordnung angenommen. Seiner Verabschiedung im Plenum dürften kaum Schwierigkeiten entgegenstehen.

Das Kompromiß sieht insbesondere eine Stärkung der Stellung des Oberbürgermeisters vor. An seiner Hand liegt die Ernennung. Ihm ist ferner das Vorschlagsrecht für Beamten-Ernennungen zuerkannt. Neben die Stadtschulordnungs-

Sammlung, der durch das Gesetz ein genau begrenzter Katalog von Befugnissen übertragen wird, und die nach wie vor von einem Stadtschulordnungsverwalter geleitet wird, tritt der Stadtschulsausschuß unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters als Vertretungsorgan der Stadtschulverwaltung. Der Magistrat besteht aus dem Oberbürgermeister, 2 Bürgermeistern, 9 Beisitzenden und 6 unbedeutenden Mitgliedern. Die Wahlzeit der bisherigen unbedeutenden Magistratsmitglieder erstreckt sich dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes. Die bedienten Magistratsmitglieder werden weiter im Amt. Die Bezirksverfassungen ist fast unverändert geblieben. Die Bezirksverordnungen liegen wieder unter dem Vorsitz des Bezirksbürgermeisters, und nicht öffentlich.

Oberst Lawrence tot?

In englischen militärischen Kreisen ist mit großer Bestimmtheit das Gerücht aufgetaucht, daß der Marine-Hof 2. B. Shaw, der bei dem schweren Flugzeug-Absturz in Plymouth tödlich verunglückt ist, gar nicht ein Mr. Shaw gewesen sei, sondern der berühmteste polnische Agent und Spion Englands,



Oberst Lawrence.

Der große Doppelgänger der Anarchisten gegen die Türkei im Weltkrieg, er war ein Genie der orientalischen Sprachen, der nach dem Krieg auch in Rußland, Afghanistan, Tibet, China, usw. tätig gewesen sein soll. Laßschicklich sieht sich Lawrence auch ein Jahr in Indien als gewöhnlicher Soldat Shaw auf, ohne das man je erfahren hätte, was die besondere Mission des „Stilts Shaw“ in Indien war.

Natürlich ist auch schon behauptet worden, daß dieses Gerücht vom Tode Lawrence-Shaw öffentlich lanciert wurde, um ihn wieder einmal, vor einer neuen großen geheimen Mission, „verschwinden“ zu lassen. Es heißt aber, daß die phantastische Abenteuer-Laufbahn Lawrence entpuppt zu Ende gewesen sei. Er soll an unheilbarer Blutzirkulation gelitten und höchstens noch ein Jahr zu leben gehabt haben.

Das Haustürtelefon, eine neue Sicherheitsanlage.



Ober: der Apparat in der Wohnung. Unten: der Besucher vor der Haustür, der nur auf den Knopf zu drücken braucht, um eine Verbindung zu bekommen.

Eine neuartige Anlage wurde zum ersten Mal an einem Berliner Neubau eingebaut. Das Haustürtelefon. Jeder Besucher spricht von der Straße aus in die gewünschte Wohnung hinein, die er durch Drücken eines Knopfes erreicht und bekommt durch einen Lautsprecher den Befehl der Hausbewohnerin jurist. Die Sicherheit des Hauses wird dadurch bedeutend erhöht.

Ein Anleihegeschwindel.

Durch ein holländisches Konfession, das unter der Führung eines in Amsterdam ansehnlichen Effektenmaklers steht, ist eine Reihe deutscher Städte um etwa 50.000 M. betrogen worden. Der Schwindler beruht auf gefälschten Anleihebescheinigungen. Auch dem Entschleiser des deutschen Anleihebescheinigungsgeschäftes hatte ein betrügerischer Effektenspekulator durch Vermittlung einiger in Berlin wohnhafter Personen — jenseits Berliner Städte und Provinzialanleihen aufzukaufen und durch Mittelpersonen nach Holland bringen lassen, wo die Stücke durch Fälschung in Anleihebescheinigungen umgewandelt wurden. Außerdem ließ der Schwindler Nummernverzeichnisse und Erklärungen anfertigen und notariell beglaubigen. Jener war zu entnehmen, daß die Papiere seit dem (gefälschten) Eintrag im Verzeichnis der Einzelner gemeldet waren. Die Hefterscheine des betrügerischen Maklers, meist ältere Leute, waren in den neu angefertigten Listen als Besitzer der unrichtigen Stücke genannt, deren Wert durch die Fälschung nunmehr beträchtlich erhöht war. Die neuen „Besitzer“ erhielten für ihre Gefälligkeit eine kleine Entschädigung. Die Formulare wurden dann unter irgendwelchen Vorwänden den verschiedenen deutschen Stadtwahlverwaltungen zur Aufwertung eingereicht, wobei abermals falsche Erklärungen, bisweilen auch eidesstattliche, abgegeben wurden, in denen es heißt: „Ich habe die Stücke in der angegebenen Weise erhalten.“ Die falschen Bescheinigungen zu erklären. Einmal wurde einem deutschen Provinzialparlament ein Resten von 3.500.000 Papiermark unter dem Vorwand eingereicht, daß der Eigentümer zurzeit, als die Anmeldung zur Aufwertung der Papiere hätte erfolgen müssen, in Indien gewesen sei. Ingesamt dürften bei dem Schwindel, dessen Aufklärung durch die Dresdener Kriminalpolizei mit Unterstützung des deutschen Generalkonsuls in Amsterdam erfolgte, deutsche Städte- und Provinzialverwaltungen in etwa 100 Fällen um insgesamt über eine halbe Million M. betrogen worden sein. Der Schaden der Stadt Dresden dürfte sich auf etwa 80.000 Mark belaufen, der Verlust Leipzigs auf etwa 120.000 M., auch Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Münster und Stuttgart dürften geschädigt worden sein. Dagegen schweben noch Untersuchungen über ähnliche Betrügereien, die von amerikanischen und schweizerischen Staatsangehörigen verübt worden sind.

Gestrandetes Motorschiff. Bei einem Schneesturm am Eilender in der Nähe von Karlsruhe am der Südküste Schwebens geriet das in Hamburg beheimatete Motorschiff „Wilhelmine“ auf Grund. Füllte sich mit Wasser und sank. Die aus fünf Mann bestehende Besatzung, der Kapitän und dessen Ehefrau konnten in Rettungsbooten das Land erreichen. Das Schiff war mit Salpeter nach Kalmar (Schweden) unterwegs.

Drama der Tot: vier Tote. In Hanau (Main) vergiftete der Generalagent Fritz Hengsberger in seiner Wohnung seine 23jährige alte Tochter, seine drei Söhne, seine beiden Söhne im Alter von 6 und 4 Jahren und sich selbst durch Gas. Als Hengsberger gefunden wurde gab er noch schwache Lebenszeichen von sich; es ist jedoch fraglich, ob er gerettet werden wird. Seine Angehörigen waren tot. Hinterlassene Briefe lassen erkennen, daß das Drama aus Mord im Einverständnis mit der Ehefrau vor sich gegangen war.

Gestandener Minenarbeiter. Im Hafen von Odingen sank der polnische Minenarbeiter „Nemo“, der auf der Fahrt zur Reparatur lag. Heftiger Sturm hatte die Unterteile des Schiffes zerstört, so daß der Dampfer gegen das Schwimmdock geschleudert wurde. Das Schiff wurde an mehreren Stellen leck und füllte sich mit Wasser.

Schacht und Luther.

Zwei bezeichnende Reden zur heutigen Lage.

Inmitten 24 Stunden haben zwei Männer zu den Fragen der Reparationszahlungen und der deutschen Kreditpolitik das Wort genommen, die das Ausland als Repräsentanten der deutschen Währungs- und Geldpolitik zu betrachten gewohnt ist: der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht, der jetzt in der Jugenbergschloß in Weimar im Pensionat verweilt, und sein Nachfolger Dr. Luther, der nach der Inflation die Reichsfinanzen ordnete und die feste Währung geschaffen hat. Dr. Schacht hielt es wieder einmal für angebracht, die Welt an seine Persönlichkeit und an seine Fähigkeiten zu erinnern, obwohl sich seit seinem Rücktritt vom Reichsbankpräsidenten gezeigt hat, daß die Defensivität seine Markenzeichen gern vermischt und entbehren kann.

Ueber den neuesten Streich Schachts

Bericht unserer Stocholmer Mitarbeiter folgendes: Der am Montag vormittag hier eingetroffene ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht erklärte vor Vertretern der Presse, daß es an der Zeit sei mit den Reparationsleistungen ein Ende zu machen. Die Reparationen der deutschen Volkswirtschaft seien erschöpft. Weitere Reparationszahlungen seien nur dann möglich, wenn Deutschland Gelegenheit geboten werde, die Reparationen erst einmal durch eine 50 Prozent gesteigerte Ausfuhr zu verdienen. Ein solcher Anstieg sei im Programm vorgesehen. Es sei deshalb von den übrigen Signatarmächten nichts weiter zu fordern, als daß sie ihrerseits die Pumpenbeschränkungen erfüllen. Es wäre ein Glück für die gesamte Welt, wenn man endlich zu einer vernünftigen Regelung des Reparationsproblems käme, andernfalls stehe in Deutschland der Reparationsbankrott unabwendbar vor der Tür.

Auf die Frage eines schwedischen Journalisten, was Dr. Schacht tun würde, wenn er Deutschlands Diktator wäre, erklärte er, daß er vor allem durch Kultivierung von Neuland und Einrichtung von Steinbetrieben die Landwirtschaft auf eine hohe Produktivität zu bringen veruchen würde. Es müsse ferner die Arbeitslosigkeit verringert werden. Wenn ich Diktatorisch zu bestimmen hätte — so erklärte Dr. Schacht abschließend —, so würden morgen früh um 8 Uhr sämtliche Reparationszahlungen eingestellt werden.

Man muß sich darüber klar werden, was Schacht will. Er hat den

Dolchstoß gegen die deutsche Kreditpolitik gestiftet.

von der eine günstige wirtschaftliche Entwicklung abhängt. Dieser Mann, der vor dem Ausland die eben wiedergegebenen Ausführungen machen konnte, schreibt jetzt in den Blättern Jugenbergs, der systematisch die deutsche Währung und die deutsche Welt in den letzten Jahren im Ausland unterminiert hat und ist gegenwärtig der Stumpfsinnigkeit dieses Mannes. Mit diesen Feststellungen kann man die Äußerungen über Schacht wohl schließen. Einige Stunden vor Schacht hatte dessen Nachfolger im Reichsbankpräsidenten

Dr. Luther.

die Sorgen Deutschlands über seine Kreditpolitik auf der Leipziger Messe vor der Weltöffentlichkeit in einer Rede dargestellt, die tiefsten Eindruck machte. Luther hätte fast, daß Deutschland in seiner Weise damit umgehe, privatrechtlich begründete Zahlungen oder Zahlungen an Private einzustellen und daß zu diesen Zahlungen ebenso der Zins- und Kapitaldienst für die Junganleihe wie für die Dawesanleihe gehöre. Das sei das Fundament, auf dem die deutsche Kreditpolitik aufbauen müsse. Es komme darauf an, daß die starken Kapitalmärkte und Kapitalmärkte der Welt sich die Hand zum gegenseitigen Handeln, zur Rettung der Wälder der Kulturwelt reichen. Deutschland brauche allgemein langfristiges, und vor allem billiges Kapital, um die kurzfristige Verschuldung, die es als unumkehrbare „Bürgschaft“ bebrachte und wie ein Alibi habe, durch eine langfristige, eine langsam sich abtragende Anleihe abzulösen. Deutschland brauche zweitens billiges Kapital, um die Ausfuhr zu steigern.

Es mag Zufall gewesen sein, daß die beiden entgegengesetzten Reden binnen 24 Stunden und zwar vordem an das Ausland gerichtet, gehalten worden sind. Notwendig war dieses Zusammentreffen. Die Reichsregierung, die die Verantwortung für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands trägt, muß in Anbetracht der neuesten Entstellungen des Herrn Schacht ein weiteres tun und vor dem Ausland in einseitiger Weise von den Desperados zum Schutze des früheren Reichsbankpräsidenten abrücken. Nur so wird es möglich sein, das Vertrauen, das Deutschland nach der Katastrophe des 14. September 1920 in der Welt langsam wieder zurückzubekommen hat, nicht von neuem zu erschüttern.

Der Gipfel der Roheit:

Ein Nazimann predigt Selbstmord als heiligste Pflicht der Krüppel, Schwachen und chronisch Kranken!

Der nationalsozialistische Schriftsteller Ernst Mann gab im Verlag von Gerhard Hofmann in Weimar eine Schrift heraus; sie trägt den Titel „Die Moral der Kraft“. Darin entwirft sich der Nationalsozialismus in seiner ganzen Größe. Herr Ernst Mann schlägt folgende Lösung zur Befreiung der Not und des Elends vor:

„Schmer ist es für Kranke und Schwache, sich den Tod selbst zu geben. Ein Selbstmord gehört ein Grad von Furchtslosigkeit und Willenskraft, den den meisten Kranken fehlt. Oft sind dem Kranken die Mittel für einen schnellen, leichten Tod nicht erreichbar. Auch derjenige, der sich infolge seiner Tapferkeit im Kampfe für das Allgemeinwohl (z. B. im Kriege, D. A.) eine schwere Verletzung oder Kränklichkeit zugezogen hat,

auch dieser hat kein Recht, seinen Mitmenschen als Krüppel oder Kranker zur Last zu werden.

War er tapfer genug (!), seine Gesundheit, sein Leben im Kampfe aufs Spiel zu setzen, so soll er auch die letzte Tapferkeit besitzen, den wertlosen Rest seines Lebens selbst zu enden.

Selbstmord ist die einzige Heldentat,

die Kränklingen und Schwächlingen übrig bleibt. Jeder, dem es zum Bewußtsein kommt, daß er an einer chronischen Krankheit leidet, daß er nie vollste Kraft, Gesundheit, den freien Gebrauch seiner Gliedmaßen erreichen kann, soll seine letzte Willensanstrengung unternehmen, um sich von der Last seines Lebens durch den freiwilligen Tod zu befreien, und wäre es durch konstante Nahrungsverweigerung, wenn er sonst aller anderen Mittel zum Selbstmord beraubt ist. Für jeden Schwächling, für jeden mit chronischer oder vererbbarer Kränklichkeit oder mit Verdrüppelung Befallenen ist

Selbstmord die heiligste Pflicht,

sich selbst und seinen Mitmenschen gegenüber!

Auf Seite 48 heißt es weiter:

„Der Staat lerne streng für die Vernichtung aller Schwächlinge und Kränklinge.“

Auf jährlichen Kontrollversammlungen ist der Gesundheitszustand des ganzen Volkes durch die besten Ärzte zu prüfen, die Kränklichen Schwachen sind auszuscheiden und zu vernichten!

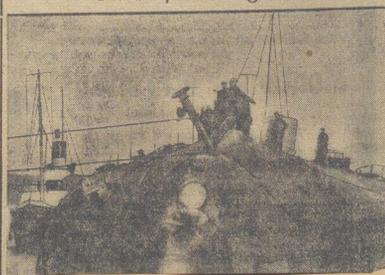
Auch außerhalb dieser Kontrollversammlungen ist es die Pflicht eines jeden, der sich krank und elend fühlt, sich den Kontrollärzten zu stellen, für jeden, der einen kranken, elenden Menschen antrifft, ihn der Gesundheitspolizei zu melden. Den Selektionsärzten sei genügend militärische Gewalt beigegeben, ihr Amt auch gegen den Willen der Kranken streng durchzuführen.“

Pfui Teufel!

Wem von euch, ihr Kranken, Invaliden, Kriegsverletzten, sowie ihr anderen Unglücklichen — wem von euch gestiftet es nach dem Leben dieser menschenfreundlichen Rezipient zur Befreiung von Not und Elend noch nach den Fleischböden der Hiltlerianer im „Dritten Reich“?

Wer geistig gesund ist, quillert auf die bodenlos barbarische Denkfungsart des Nationalsozialisten Mann, den die NSDAP nicht so hoch achtet, mit den Worten, seine ganze Kraft einzuwenden zur Arbeit einer Bewegung, die sich nicht entschließt, den Kriegskräften, Schwachen und Kranken „Erholung“ durch Selbstmord zu predigen. Der brutal-antioziale Angriff, der die Hiltlerbewegung durchführte, konnte nichter als durch den Nazimann Mann nicht entfallt werden.

Die versunkene Flotte.



Die versunkene Flotte. Die Flotte der Kaiserlichen Marine, die im Jahre 1904 bei der Inselgruppe der Philippinen versank, ist nun wieder an die Oberfläche geholt worden. Die Flotte bestand aus 17 Schiffen, die im Jahre 1904 bei der Inselgruppe der Philippinen versank. Die Flotte wurde im Jahre 1904 bei der Inselgruppe der Philippinen versank. Die Flotte wurde im Jahre 1904 bei der Inselgruppe der Philippinen versank.

Letzte Nachrichten

(Elaene Sun- und Drahtbestrich)

Weitere Zeichen werden stillgelegt.

Oberhausen, 2. März. (E3) Die Direktion der Gute Hoffnung-Hütte hat beantragt, die Jede Oberhausen einseitig durch die dortigen Breitenarbeiten und jährliche andere Unternehmen zum 31. März ds. Js. stillzulegen. Von der Stilllegung werden insgesamt 2300 Arbeiter und 140 Angestellte betroffen.

Posttraum in Oberhieschen.

Rosenberg, 3. März. (Lestun). Am Montagabend wurde das Rosenberger Hofhaus auf der Heimfahrt von Schrottau überfallen und ausgeraubt. Der Überfall war gut vorbereitet. Im Schrottau stieg ein gut gekleideter Mann in das Auto und setzte sich neben den Wagenführer. Im Schrottau stieg eine zweite Person hinzu. Bald darauf umgaben die beiden Fahrgäste mit vorgehaltenem Revolver den Wagenführer, dem Auto in den nahen

1 Pfund Schweineschmalz verschenken

kann niemand, aber die billigsten sind wir:

1 Pfd. reines Schweineschmalz Mk. 0.59 | 1 Pfd. Bratwurst, delik., . . . Mk. 1.05 | 1 Pfd. Leberwurst, gut i. Geschmack Mk. 0.80
 1 Pfd. fetten kernigen Speck Mk. 0.85 | 1 Pfd. Rotwurst, erstklassig. . . . Mk. 0.80 | 1 Pfd.-Dose Schnittlachs, f. Kenner Mk. 0.60
 ferner das beliebte Bäcker- und Vollkornbrot, 3 Pfund schwer, nur Mark 0.44

Konserven-Thomas, Martiniplan 22 das Haus der billigen Preise.

Am Sonnabend, den 28. Februar, 5 1/2 Uhr
 entfällt infolge eines Schiffsanfalles, meine
 gute Frau, unsere liebe Schwester, Schwägerin
 und Tante
Frau Minna Siegel
 geb. Doms
 im 60. Lebensjahre.
 Halberstadt den 3. März 1931.
 Dies geht schmerzhaft an
Oskar Siegel.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den
 4. März, nachmittags 4 Uhr, von der Friedhofskapelle
 aus, statt.

Arbeiter-Sport-Kartell
 Halberstadt.
 Am Sonnabend verstarb nach längerem
 Leiden unter Mitwirkung der Motorradfahrer-
 Abteilung des „R.-H. u. K.-V. „Solidarität“,
 der Sportgenosse
Heinrich Böhme
 Sein ruhiges Wesen wird uns immer in
 Erinnerung bleiben.
 Die Beerdigung findet Mittwoch nachm.,
 2 Uhr, von der Friedhofskapelle aus, statt.
 Zahlr. Beileidigung erwünscht. Der Vorstand.

Die Beerdigung unserer lieben Ent-
 schlafenen, des Schmeitzersmalben
Heinrich Böhme
 findet am Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, von
 der Friedhofskapelle aus, statt.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

300 RM. Belohnung

Für Angaben, die zur Ergreifung
 des Räubers führen, der am 2. d. Mte.
 eine Fürsorgekassette in der Hospital-
 straße geraubt, wird eine Belohnung
 bis zum obigen Betrage zugesichert.
 Halberstadt, den 3. März 1931.
 Der Magistrat.

Schlafzimmer u. Küchen
 habe ich besonders billig zu verkaufen.
 Eigene Werkstattarbeit
Paul Giesow, Tischlermeister
 Paulsplan 2. Ecke Pfahlgasse

Wernigerode

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
 nahme und Kräftigung, beim Beimgang
 meiner lieben Frau und Mutter,
 sage ich allen unteren
herzlichsten Dank.
 Besonders Dank Herrn Harzer Wulle für seine treuherzigen Worte
 am Sarge und am Grabe.
 Wernigerode, den 1. März 1931.
 Im Namen der Hinterbliebenen:
Karl Brüning und Kinder.

Drucksachen aller Art werden schnell und sauber
 angefertigt in der
Harzer Volksstimme

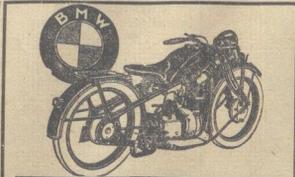
Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
 nahme und Kräftigung, beim Beimgang
 meiner lieben Frau und Mutter,
 sage ich allen unteren
herzlichsten Dank.
 Besonders Dank Herrn Harzer Wulle für seine treuherzigen Worte
 am Sarge und am Grabe
Wilhelm Grüber u. Kinder.

Zur gefälligen Beachtung!
 Die
Wohltätigkeits - Aufführung
 veranstaltet
 vom „Deutsch-Evangelischen Frauenbund“
 zu Gunsten der Suppenküche des Frauenringes
am Mittwoch, den 4. März
 abends 8 Uhr nur für Erwachsene
 im großen Saale des „Stadtpark“
 Die Nachmittags - Aufführung für die hiesigen
 und auswärtigen Schulen findet
am Donnerstag, den 5. März,
 nachmittags 3 Uhr statt.
Jugendfestspiel
 unter Mitwirkung 120 hiesiger Schüler
 und Schülerinnen aus dem Domschulhaus, Real-
 gymnasium, Oberrealschule, Lyzeum, Mädchen
 und Knaben der Mittelschule, sowie Volksschulen
„Königskinder“
 Jugendfestspiel in sechs Akten von Pohl-Brandl
 Leitung: Kappenmacher * Vorverkauf in der
 Buchhandlung Belner und W. Beume, Breiteweg.
 Preise der Plätze: Erwachsene Sperrsitz
 1.50 Mk., I. Platz 1.00 Mk., II. Platz 50 Pf.,
 Preise für Kinder: Sperrsitz 75 Pf., I. Platz
 50 Pf., II. Platz 30 Pf.
 In Anbetracht des guten Zweckes ist hoffentlich
 ein recht zahlreicher Besuch zu erwarten.
 Deutsch-Evangelischer Frauenbund, Halberstadt.

Spezialbehandlung von off. Beinen
 Krampfaderngeschwüre, geschwollene Beine, selbst 10, 15
 und 20 Jahre alte Fälle, wo bisher alles versagt, werden
 noch, oft in verhältnismäßig kurzer Zeit, völlig geheilt,
 ohne Schneiden, ohne Berührung, Senk- und Platfuß-
 beschwerden, nasse und trockene Flechten, sowie sonstige
 Hautkrankheiten werden ebenfalls mit best. Erfolg behandelt.
Ag. Dedek Heilkundige
Homöopathin
Walter Rathenau-Straße 43.
 Sprechst. tägl. von 10-12 und 2-4, außer Montag und Mittwoch

Prima neue
Herrenhüte
 neueste Formen, nur Größe 58
 und 64, Preis 1.50 RM.
 In großer Auswahl zu haben.
Wedderleben, Winkel 3.

Wheeler's
Reparaturen
 Schnell, sauber, billig
Gustav Pfeifer
 Hornradstr.
 Franziskanerstraße 34.



BMW R 2, 7 PS
 ist der Schläger in
 steuerfreien Motorrädern.
 Ich bitte um Besichtigung.
H. RABETHGE

Oschersleben.
Gesangskonzert
 mit Orchesterbegleitung
am Donnerstag, den 19. März
1931, im „Germania-Saal“
Die weltliche Kantate
 von Mozart mit Orchesterbegleitung
Sopran vom Stadt-
Fri. Nies, Theater Halberstadt
Solis, Gesang und Konzert
 Vorverkauf: Meise, Westendorf und bei den Mitgliedern
 Die Uraufführung der Feuerwehre erfolgt auf die
 Dauer von einem acht Tagen durch Städtische Orgel.
 Der Magistrat.

Quedlinburg.
 Am städtischen Kindergarten, Neustädter Kirch-
 hof 14, können noch einige Kinder aufgenommen
 werden.
 Anmeldungen sind umgehend im Rathaus,
 Zimmer 17, anzubringen.
 Quedlinburg, den 27. Februar 1931.
 Der Magistrat.

Kaiserhof - Betriebe Quedlinburg
 Kleinkunstbühne - Täglich 20 Uhr - Eintritt frei
 Auftreten streng dezenter Kunstkräfte
 Mittwoch und Sonntag nachm. Vorstellung 16 Uhr

4 Mark
 helfen 12 RM.
 helfen 12 RM.
 helfen 12 RM.
 helfen 12 RM.
 helfen 12 RM.

Großer Stadtparksaal, 21. März, 19 1/2 Uhr!
 Der weltberühmte
DON
KOSAKEN
CHOR
 Neues Programm
 Dirigent: **Serge Jaroff**
 38 Sänger
 Karten zu 4.00, 3.00, 2.50, 2.00, 1.50, 1.00, 0.50
 in der Buchhandlung R. Schönherr, Friedrichstr. 17

Geschäfts-Eröffnung.
 Dem geehrten Publikum zur gef. Kenntnis, daß wir
 am 3. März die im Hause
Lebkuchen & Bäckerei
 übernehmen. Es wird unter reichhaltigen Beständen
 nur gute und schmackhafte Ware zu liefern, und bitten
 wir, unser junges Unternehmen gütlich unterstützen zu
 wollen. In dieser Erwartung zeichnen
 mit vorzüglicher Hochachtung
Bäckermeister Walter Zeune nebst Frau.

Rekord
 Eine Gesundheits-Pfeife
 auch kühl und trocken.
 Zu haben bei
Ernst Paetzel, Stock-
und -Lein-Handl., Halberstadt
 Weingarten 25.

1930er Fruchtweine!
 Wir hatten Gelegenheit, hiervon große Posten
 sehr preiswert zu erwerben und bieten an:
Lose vom Faß
 Johannisbeerwein rot . . . das Liter mit 43 Pfg.
 Stachelbeerenwein weiß . . . das Liter mit 43 Pfg.
 Die Weine sind gut ausgebeutet, haben eine an-
 genehme Säure und sind bekömmlich.
Weinhandlung H. A. Lessmann
 Westendorf 46 Halberstadt Fernruf 1267

Stadt-Theater
 Dienstag, den 3. März, 20-22 1/2 Uhr
„Das Lamm der Armen“
 Schauspiel von Stefan Zweig (0.50-3.00)
 Mittwoch, den 3. März, 20 bis 22 1/2 Uhr:
„Vater sein dagegen sehr!“
 Lustspiel von Childs-Carpenter (0.50-3.00)
 Die Aufgabe der Opernabonnementskarten für die zwei
 letzten Opern hat begonnen; erhältlich werktags von
 10-14 Uhr in der Verkaufoffice im Rathaus. Die
 Opernabonnementskarten des Beamtensbundes für die zwei
 letzten Opern sind weiterhin gültig.

Wichtige Mitteilung
Es geht jeden an! Komm! Alle!
Kranke und Leidende!
 Freunde der Gesundheit, die ihr das kostbare
 Gut Eurer Gesundheit zu schätzen wisst, die
 ihr Euch vor Krankheiten, Schmerzen und vor-
 zeitigem Altern bewahren wollt!
Des großen Erfolges wegen
 Unser erster Vortrag war überfällig! Viele Be-
 sucher konnten keinen Einlaß finden! Auf
 vielseitigen Wunsch nochmalige und letzte
 Wiederholung bei freiem Eintritt
Donnerstag, den 5. März 1931, pünktlich
8 Uhr abends im Stadtpark in Halberstadt

Lichtbilder-
Aufklärungs-Vortrag
 Der durch seinen letztgehaltenen Vortrag auch
 hier bekannt geworden
Herr Direktor Paul Strelow aus Berlin
 dessen Vorträge bisher überall in Deutschland
 vor überfüllten Sälen mit großem Beifall auf-
 genommen wurden, spricht im Rahmen dieser
 für jeden gesunden und kranken Menschen
 hochinteressanten und lehrreichen Veranstaltung
über das Treiben im Körper

Warum sterben wir heute so frühzeitig
und warum müssen wir Schmerzen leiden?
 Krankheitsentstehung und ihre natür-
 liche Bekämpfung!
Kampf den Schmerzen, Sichtlich u. vorzeitigen Alter!
 Aus dem Inhalt des hochinteressanten Vortrages:
 Sünden und Fehler der heutigen Lebensweise
 Werden und Vergehen in der Körperwerkstatt
 der Natur / Eine Wanderung durch die Körper-
 maschinerie / Vom Wandler des Bines / Arie
 u. neue Heilmethoden / Die Frau als Hausärztin
Eintritt frei!
 Jugendl. haben wegen Platzmangel keinen Zutritt

Bücher sind Freunde!
 Zu haben Volksbuchhandlung Halberstädter Tageblatt

Kirchliche Nachrichten.
Christuskirche, Mittwoch, den 3. März 1931, abends
8 Uhr, Volkskonsant, Pastor Kreisjann, anstehend
Abendbischöpfung.
Vom 1. März ab findet meine Sprechstunde
 nur noch
Montags bis Freitags
 von 1/3 bis 4 Uhr statt.
Dr. Jaeger.
 „Gern hab' ich die Frau'n geküßt“
 Lehrs Operette
Paganini
Mittwoch im Kurtheater

Die entlarvte Pensionshetze

Nur 6 pensionierte Reichsminister und Staatssekretäre sind Sozialdemokraten — Aber von 107 Nazi-Abgeordneten sind oder werden 34 Pensionsempfänger — Die Nationalsozialisten lehnen das Pensionskürzungsgesetz ab

Die demagogische Hetze gegen die „Riefen“-Pensionen der „an der Staatskrippe hängenden Novemberverbrecher“ reißt nicht ab. Wie sieht es mit diese Pensionen im besonderen und um die Frage der Pensionen ganz allgemein?

Ruhegehälter sind keine Erfindung der Republik

Die hat es im alten Staate auch gegeben. Eine Verringerung ist nur in Bezug auf den Personenkreis der Pensionsempfänger eingetreten. Seit dem 9. November 1918 ist in den Beamtenkörper eine geringfügige Zahl von ehemaligen Arbeitern eingetriedt. Diese Aufsteiger sind durchweg politische Beamte — Candidats, Polizei, Regierungs-, Oberpräsidenten usw. Hinzu kommen Aufsteiger in leitender kommunaler Stellung sowie einige Minister. So mußte vorgegangen werden, um frisches Blut in den sozialreaktionären Verwaltungsapparat zu bringen. Berufsbeamte standen der jungen Republik für diese Zulassung nicht zur Verfügung, denn es gab keine Beamten von republikanisch-sozialistischer Denkart, weil das Kaiserreich nicht duldet, daß ein Beamter Sozialdemokrat war. Wer als Beamter sozialdemokratische Ge-

55 605 Offiziere und Hinterbliebene der alten Armee, Generale, Admirale, Kronprinzen und kaiserliche Prinzen nehmen nicht den geringsten Anstoß daran, sich mit 181 Millionen im Jahre von der Republik befürsorgen zu lassen

Diese „Juffertrippensfründer“ gehören zu 99 Proz. zum nationalsozialistischen Kampftrio gegen Republik und Sozialdemokratie. Es gibt neben Pensionsempfänger, die den Nazis, von denen der größte Pensionseinkaufm angezogen wurde, noch näher stehen als die eben erwähnten monarchistischen Sturmgeister.

Von den 107 nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten sind nicht weniger als 34 Pensionsempfänger oder sie werden es künftig.

Jeder dritte Abgeordnete der Nazis ist also daran interessiert, daß die Pensionen nicht beseitigt, ja nicht einmal eingeschränkt werden. Wie die Nazis auf Zuge poßt denn auch das Verhalten der Nazi-Reichstagsfraktion zu der tollen Pensionshetze ihrer Partei, deren beispielloses unehrliches Verhalten in der Pensionsfrage inzwischen entlarvt wurde.

Am 9. Dezember 1930 stand im Reichstag endlich der von der Sozialdemokratie seit vielen Jahren verlangte Gesetzentwurf über die Pensionskürzung zur Debatte. Für die Nazis sprach ein Interpellant, der Postinspektor Sprenger.

Trotz zwölfjährigem Bestehen der Republik befinden sich unter den pensionierten Reichsministern und Staatssekretären ganze sechs (6) Sozialdemokraten

Riefenpensionen bezieht keiner dieser sechs Sozialdemokraten. Die Großpensionäre mit riesigen Neben-einkünften sitzen ausschließlich im bürgerlichen Lager.

Leider hat die Sozialdemokratie bereits im Jahre 1927 bei der Schaffung des neuen Reichs-

finanzungs offenbart, flog auf der Stelle aus seinem Amte. Also mußten im neuen Staate Aufsteiger in die Beamten-schaft aufgenommen werden, die selbstverständlich genau so pensionensberechtig sind wie ihre „getrennten“ Kollegen.

Darum das Gesetz über die Pensionen. Den Hebern gegen die „Parteiuchbeamten“ paßt es nicht, daß in den ehemals privilegierten Stand der höheren Beamten, in den fast nur Angehörige der beherrschenden Klassen gelangten,

eine Handvoll ehemaliger Arbeiter

eingedrungen ist. Die Entfristung darüber ist um so größer, weil die Aufsteiger so unverschäm sind, ihren Verwaltungsapparat nicht vollständig, sondern vielfach besser zu leiten, als es die zukünftigen Monarchisten getan haben, unter denen die Zahl der ausgesprochenen Trottel nicht gering war.

Wer sich diesen politischen Hintergrund der Pensionshetze vergegenwärtigt, fällt nicht herein auf das Gesetz der Nazis, Deutschnationalen und der anderen Reaktionäre. Diese Herrschaften wären samt und sonders müssensüß, wenn es sich bei den Staatspensionären nur um ihre Gefährungsgefährden handeln würde. Sie finden es denn auch ganz in der Ordnung, daß aus dem Reichspensionsgesetz für 1931 folgendes ersichtlich ist:

Frankfurt a. M., der im Nebenamt Gauleiter der Nazi-partei ist.

Der Nationalsozialist Sprenger verteidigte nicht nur die Pensionansprüche der Beamten überhaupt und jodann die hohen und höchsten Pensionen im besonderen als „Grundrechte des Beamtentums“, sondern er erklärte auch, daß die Nationalsozialisten gar nicht daran dächten, den Pensionskürzungsgesetz ihre Zustimmung zu geben.

Sogar den Mitgliedern der Nazis bestanden lassen, daß jemand aus öffentlichen Mitteln Pension bezieht, obwohl er ein reichhaltiges Vermögen oder Einkommen hat. Der frühere Reichsminister Cuno zum Beispiel soll im Besitz seiner Pension von mehr als 18 000 Mark bleiben, obwohl er von der Hamburg-Amerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft ein Gehalt von mehr als einer halben Million bezieht.

Dem Millionär Cuno wolle Pension, den „Parteiuch-beamten“, d. h. den aus dem Arbeiterland herangezogenen Ministern, z. B. Carl Severing und Otto Braun, nicht einen Pfennig Ruhegehalt —

das ist Hitlerscher „Sozialismus“

Zu hohe Pensionen bekämpft die Sozialdemokratie, in deren Reihen es übrigens die allerwenigsten Staatspensionäre gibt, von jeher.

bestandungsgesetzes die Begrenzung der Höchstpension auf 12 000 M. jährlich beantragt. Nur weil die bürgerliche Mehrheit so feige ist, den sozialdemokratischen Antrag abzuweisen, konnte sich die schamige Agitationsmanier der Republikfeinde des „Riefen“-Pensions-schwindsels bemächtigen.

Diäten her, Diäten her!

„Die NSDAP. bekämpft den jüdisch-materi-alistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus, auf der Grundlage: Gemeinnutz vor Eigennutz.“ (Artikel 24 des nationalsozialistischen Parteiprogramms.)

Unter den 107 Deuten, die als nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete in den Reichstag gewählt wurden, befindet sich auch der

Postinspektor Sprenger, Frankfurt am Main

Diesem Mann gehörte das Verdienst, vor aller Welt in ganz eindeutiger Weise demonstriert zu haben, was es heißt, wenn die Nazis in Wort und Schrift so tun, als seien sie die Beherrschten, die immer und überall „von innen heraus“ nach ihrem Programmpunkt 24 handeln: „Gemeinnutz vor Eigennutz“.

Herr Sprenger ist also M. d. R., aber er ist noch mehr, nämlich auch M. d. St. (Mitglied des Preussischen Staatsrats) und obendrein auch noch Mitglied des Verwaltungsbereichs der Reichspost. Nun aber ereignete sich folgendes:

Vom 13. bis 15. Januar 1931 tagte der Staatsrat, vom 15. bis 17. Januar der Verwaltungsbereich der Reichspost. An beiden Tagungen nahm Sprenger teil.

Sprenger besaß für diese fünf Tage: a) als Reichstagsabgeordneter vom Reichstag 100 M., b) als Staatsratsmitglied für drei Sitzungen 52,50 M., c) als Mitglied des Verwaltungsbereichs der Reichspost für drei Sitzungen, einschließlich An- und Abfahrt, 210 M., zusammen 362,50 M., d) daneben sein volles Gehalt mit etwa 20 M. pro Tag.

Zu Unrecht ließ Sprenger sich von der Reichspost auch das übliche Anmarschgeld für einen Reisetag in Höhe von 30 M. für den 14. Januar zahlen. Zu Unrecht, deshalb mußte er diese 30 M. zurückzahlen, er tat es aber erst auf Anfordern der Reichspost. Außerdem machte er den Versuch, die vollen Staatsratsdiäten (37,50 M. pro Tag) zu erhalten, obwohl ihm nur

Diäten Sprenger & Co.

Der Nazi-Mitg. Sprenger heimste in 5 Tagen 362 Mark an Extra-Diäten ein



„Hier sieht es fast schon aus wie im Dritten Reich“

17,50 M. pro Tag zustanden, da er täglich 20 M. als M. d. R. erhielt. Der Versuch dieses Vorhabens mißlang und so mußte

Sprenger, der „Gemeinnützig“, sich damit begnügen, für fünf Tage „nur“ 332,50 M. Diäten einzunehmen.

Ein wirklich nobler Charakter, dieser Herr Sprenger. Er ist zweifellos der berufenste Mann, die Steuerzahler, die kein Gehalt, keine Diäten und keine künftige Pension — er ist ja höherer Beamter — aufbringen müssen, über den tiefsten Sinn des Nazi-Programms aufzuklären: „Gemeinnutz vor Eigennutz“.

Der Krieg der große Unheilstifter

Im Deutschen Reichstag haben sozialdemokratische und auch bürgerliche Abgeordnete sich mit aller Entschiedenheit gegen die niederträchtige Unterstellung der Reichsbemagten gewandt, Arbeitslosigkeit und Finanznot des Reiches seien verschuldet durch das „System von Weimar“ sowie durch die Tributlasten des Young-Plans. Wie berechtigt diese Abwehr war, legt folgendes:

England ist Aufsteiger des Young-Plans; es empfängt „Tributzahlungen“ und es gehört zu den Kriegsgewinnern. Trotzdem erklärte am 11. Februar der englische Finanzminister Snowden:

„Englands wirtschaftliche und finanzpolitische Lage ist sehr ernst. Im 20. Proz. ist die Produktion gefallen und dementsprechend sind die Staatsentnahmen. Die Welt ist fast ausschließlich aus Stetling (20 Millionen Goldmark), und wir müssen durch eine Ausgabenbeschränkung versuchen, den Etat auszubalancieren. Wir haben die ungeheuren Lasten und Verschuldungen des Krieges zu tragen und dazu die Kosten der als Folge des Krieges fest eingebrochenen Arbeitslosigkeit mit ihrer Arbeitslosigkeit. Von allen Seiten müssen wir aber geordert werden, wenn wir die Krise überleben sollen.“

Diese Worte Snowdens über die Folgen des Krieges für den wichtigsten der Siegerstaaten halte man den demagogischen Schwärmen entgegen, die in Deutschland auf neue eine „Politik der harten Faust“ propagieren. Kindschiffe sind sie. Sie haben die furchtbaren Leiden des Weltkrieges immer noch nicht begriffen und sie werden sie auch nicht begreifen. Rücksichtslosler Kampf gegen diese einfühligen Verherrlicher des Krieges, der sich ja gramam an allen Höllern rächt, am schlimmsten naturgemäß an dem besiegten, ist Pflicht aller Denkenden.

Treffliche „Sozialisten“

Am 9. Dezember 1930 wurde im Reichstag abgestimmt über Anträge, alle Vermögen über 500 000 Mark mit einer einmaligen Steuer von 20 Proz., alle Dividenden mit einer Steuer von ebenfalls 20 Proz., alle Vermögenswerten mit einer Sondersteuer von 20 Proz., und alle Einkommen über 50 000 Mark mit einer Sondersteuer von 20 Proz. jährlich zu belegen.

Die Nazis, diese wackeren „Sozialisten“, die angeblichen Todfeinde der Großverdiener, Dividenden und Zankenskluder, stimmten nicht für die Anträge.

Die Nazis verhinderten, daß den Reichsten unter den Reichsten ein Teil ihres Reichtums weggesteuert wird.

Einige dieser

Könige im Reich der Großverdiener

denen die Nazis keine Sondersteuer auferlegt sehen wollen, seien hier mißsam ihren „Hungerelöfen“ genannt:

Der Generaldirektor des Siemens-Konzerns	800 000 M.
Der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie	600 000
Der Generaldirektor des Inag-Konzerns	575 000
Der Generaldirektor der IG. Farben-Industrie	500 000
Der Generaldirektor des Ruhr-Montan-Trusts	400 000
Ein Vorstandsmittglied der Deutschen Bank	350 000
Der Generaldirektor der Reichsbank	340 000
Der Generaldirektor der Rhein.-Westf. Industrie	650 000
Der Direktor der Prager Eisen-Industrie	304 000
Direktoren der Rhein.-Westf. Ind.	216 000 bis 240 000
Ein Direktor der Krupp A.-G.	120 000
Der Generaldirektor der Ostelb. Brauntöpfe	250 000
Ein Direktor des Stahlwerksverbandes	180 000
Ein Direktor der Vereinigten Textilwerke	180 000

Wie schlimm, wenn diese „armen Schlufer“ mit Gehältern von 120 000 bis 800 000 Mark pro Jahr mit einer Sondersteuer von 20 Proz. belegt worden wären — der Ruin, der Betteflut hätte ihrer gehakt! Deshalb nahm die wieder nationalsozialistische „Arbeiter“-Partei ihr Liebesvoll an und bewachte die Lohnabbauer der deutschen Großindustrie vor dem Schicksal, durch „marxistische Steuerexperimente“ — profanisiert zu werden.

